

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Tageblatt Riesa,
Herrn R. 20.
Postfach R. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wittenberg, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Strolasche:
Riesa Nr. 22.

Nr. 276.

Freitag, 27. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Aufklärung des politischen Zwischentalles in Hessen. Deutschenhetze in der französischen Kammer.

Dr. Berner Best gibt Aufklärung.

* Darmstadt. Von der Gaupressstelle der NSDAP wird eine längere Erklärung verbreitet, wonach Dr. Berner Best, der als Verfasser des Manifestes gilt, das der preussische Innenminister veröffentlicht hat, am Donnerstag nachmittags auf der Gauleitung in Darmstadt eine formulierte Erklärung abgab:

„Ich bin der Verfasser eines Entwurfs, so sagt die Erklärung, von dem Einzelheiten in dem von dem preussischen Innenminister der Presse übergebenen „Material“ teils richtig, teils geändert wiedergegeben sind. Als am den ersten August dieses Jahres allgemein ein kommunistischer Aufruhr erwartet wurde, und von den Dienststellen der NSDAP keine Weisungen für diesen Fall gegeben wurden, entschloß ich mich, ohne Auftrag und ohne Fühlungnahme mit den Amtsverwaltern der Partei zur Ausarbeitung von Richtlinien. Wenn die legalen Vertreter des Staates durch den gebliebenen Hochverrat der SPD, beseitigt worden wären, hätte nach meiner Auffassung die nationale Bewegung, an ihrer Spitze die NSDAP, die Pflicht gehabt, mit den von ihr zusammengerafften Kräften (deswegen auch die Ermahnung von „Landeswehren“ neben dem SA der NSDAP) aus eigenem Recht die Ernährung und den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen.“

Den Entwurf meiner Richtlinien übergab ich einigen Mitarbeitern, darunter dem jetzigen Denunzianten Schäfer-Offenbach zur Mitwirkung über die rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten meiner Vorschläge. In diesem Stadium blieb die Bearbeitung der Angelegenheit auf sich beruhen, da die politische Entwicklung seit dem ersten August dieses Jahres ihre weitere Erörterung überflüssig machte. Keine Dienststelle der NSDAP, besonders auch weder der damalige Gauleiter Gemeinderat noch die Reichsleitung, haben von meinem Entwurf mittelbar oder unmittelbar Kenntnis erhalten. Die Richtlinien sind auch nicht in einer geheimen Sitzung auf dem Vorheimer Hof beschlossen worden.“ Ich habe vielmehr gelegentlich eines Zusammenkommens auf diesem Hof, das an sich anderen Zwecken galt, den von mir allein hergestellten Entwurf einigen (nicht allen!) der Anwesenden zur Kenntnisnahme und Renkerung übergeben.“

Der jetzige Denunziant Schäfer-Offenbach hat als der damalige Leiter des Gau-Wirtschaftsbeirats der NSDAP, Gau Hessen, meinen Entwurf mit mir stets durchgesprochen, ohne den bedingten und deshalb durchaus legalen Charakter der von mir angeregten Erörterungen zu beeinträchtigen. Wenn Schäfer jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gibt, so will er sich durch die aufgestellte Denunziation dafür rächen, daß ich im Auftrage des Gauleiters Benz, M. d. R., die Ermittlungen durchführte, die kurz vor der Landtagswahl ergaben, daß Schäfer durch Verschweigen seiner Bestrafung wegen Wechsellieferung usw. und durch falsche Angaben über seine Laufbahn und seine berufliche Stellung seine Kandidatur für den hessischen Landtag bei der NSDAP erschwindelt hat. Wenn ich noch darauf hinweise, daß Schäfer vor seiner im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Verurteilung durch psychiatrische Gutachten als schwerer Psychose und als stark vermindert zurechnungsfähig festgestellt wurde, so dürfte die Deffenlichkeit nunmehr in der Lage sein, sich über die Bedeutung des von dem preussischen Innenminister veröffentlichten Materials ein abschließendes Urteil zu bilden.“

Aus der persönlichen Abgabe dieser Erklärung durch Dr. Best ergibt sich im übrigen, daß die Vermutung, daß Best geflüchtet sei, den Tatsachen nicht entspricht.

Die Vernehmung des Dr. Schäfer in Leipzig.

* Leipzig. In der vermuteten Darmstädter Hochverratsangelegenheit ist Dr. Schäfer aus Offenbach den ganzen Donnerstag über als Zeuge vernommen worden, und zwar durch den Oberreichsanwalt Dr. Berner selbst, durch Reichsanwalt Jorns und Amtsgerichtsrat Dr. Bauer. Dr. Schäfer soll als Zeuge nunmehr entlassen werden. Er sprach sich, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wurde, dahin aus, daß er keine Mitteilungen an den Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. und an die preussische Regierung nur deshalb gemacht habe, um diese Stellen von den wirtschaftlich unsinnigen Plänen des Herrn Dr. Best zu unterrichten. Sein Ziel sei nur darauf gerichtet gewesen, zu zeigen, mit welcher unzulässigen wirtschaftlichen Gedanken einzelne Leute in der NSDAP umgingen. Ueber irgendwelche politischen Wege oder Ziele habe er selbst sich Gedanken nicht gemacht. Er habe nie daran gedacht, daß aus seinen Angaben sich ein Hochverratsverfahren entwickeln könnte. Dr. Schäfer ist zu Beginn seiner Vernehmung darauf aufmerksam gemacht worden, daß er unter Umständen, also bei Einleitung eines Verfahrens, auf Grund seiner Aussagen auch als Mitbeschuldigter in Frage kommen könne.

Eine Erklärung Gührings an den Reichsinnenminister.

*) Berlin. Reichstagsabgeordneter Gühring hat im Auftrage des Parteiführers Hitler im Zusammenhang mit den Vorgängen in Hessen dem Reichsinnenminister folgende Erklärung übermittelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekannt geworden. Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das geringste zu tun. Die Reichsleitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen Standpunkt strengster Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen unteruchen und gegen jeden, der nicht die Befolgung der Legalität befolgt hat, rücksichtslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.“

Neue Erklärungen der Nationalsozialistischen Partei.

* Darmstadt. Der Gau Hessen der Nationalsozialistischen Partei veröffentlicht neue Erklärungen, in denen die bekannten Vorgänge noch einmal eingehend dargestellt werden. Die Gauleitung Hessen und alle verantwortlichen Führer lehnten es entschieden ab, mit den in dem fraglichen Schriftstück wiedergegebenen Plänen nur das Geringste zu tun zu haben. Diese Grundhaltung gelte auch unverrückbar für die NSDAP Gau Hessen. Das heftige Mahlergebnis habe erneut unter Beweis gestellt, daß die NSDAP auf dem Wege über das Parlament staatliche Machtstellungen und durch diese die Gewalt im Staat selbst erreichen könne. Jeder, der entgegen dieser klaren Erkenntnis sich mit gefehlwidrigen Absichten trage, werde für einen bewussten Provokateur erklärt, der den Führer meineidig machen wolle und der Bewegung unabsehbaren Schaden zufüge.

Der heftige Innenminister zu den Erklärungen des Reichsanwalts.

*) Darmstadt. Der heftige Innenminister gab zu den in der Presse verbreiteten Darlegungen des Oberreichsanwalts eine Erklärung ab, in der er sagte, er habe die Erklärung des Oberreichsanwalts zunächst für eine Justifikation gehalten. Nachdem ihm aber bestätigt worden sei, daß diese Erklärung tatsächlich vom Oberreichsanwalt stamme, sehe er sich gezwungen, festzustellen, daß Dr. Schäfer sich unmittelbar an den Frankfurter Polizeipräsidenten gewandt habe, der über diesen ihm amtlich zur Kenntnis gekommenen Vorfall pflichtgemäß dem preussischen Innenministerium berichtet habe. Das heftige Innenministerium habe erst indirekt und zu einem späteren Zeitpunkt von den Mitteilungen des Dr. Schäfer Kenntnis bekommen. Der „Katz“ des Oberreichsanwalts, als Beweismittel die Schreibmaschine des Best zu beschlagnahmen, sei von der Polizei befolgt worden. Die Hausdurchsuchungen bei den führenden Persönlichkeiten des Gau Hessen der NSDAP hätten lediglich dem Zweck der Sicherstellung solcher Beweismittel gedient. Unabhängig von der strafrechtlichen Würdigung der Angelegenheit sei festgestellt, daß an der Echtheit der Belastungsdokumente nach den bisherigen Feststellungen nicht zu zweifeln sei.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Vorkommnissen in Hessen.

* München. Der „Völkische Beobachter“ schreibt gestern unter anderem: „An dem gleichen Tage, an dem die „Münchener Post“ mit einem Lügendokument den Staatsapparat gegen die NSDAP mobil zu machen versuchte, wurde in Hessen der Staatsanwalt ebenfalls mit einem gefälschten SA-Befehl gegen die Nationalsozialistische Partei gehetzt. Es ist selbstverständlich, daß bei den Hausdurchsuchungen in Darmstadt usw. nicht das geringste belastende Material von der Staatsanwaltschaft gefunden werden konnte, aus dem einfachen Grunde, weil es die NSDAP gar nicht notwendig hat, vor dem Staat irgendwelche Dinge zu verbergen, denn die NSDAP von heute wird selbst der Staat von morgen sein. Die Dokumente, mit denen man Polizei und Staatsanwalt in München und Darmstadt gegen uns heht, sind erwiesenermaßen gemeine Fälscherprodukte.“

Erneute Durchsuchung.

* Darmstadt. Am gestrigen Donnerstag nachmittags haben erneut Durchsuchungen im Braunen Haus in Darm-

stadt stattgefunden. Die Polizeibeamten beschlagnahmten verschiedenes Material. In der Hauptsache handelt es sich um den Briefwechsel der Gauleitung mit den Ortsgruppen in Hessen.

Die NSDAP verklagt die „Münchener Post“.

* München. Die Pressestelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei teilt mit: Wegen die in Nummer 278 der „Münchener Post“ vom 25. November unter der Ueberschrift „Vorbereitungen zur Razi-Bartholomäusnacht“ veröffentlichten unwahren Behauptungen, ist der „Münchener Post“ seitens der NSDAP die Aufforderung zur Berichtigung nach § 11 des Pressegesetzes gestellt worden. Rechtsanwalt Dr. Frank II-München ist mit der Klagestellung gegen die „Münchener Post“ beauftragt worden.

Nationalsozialistischer Strafantrag gegen Minister Severing.

*) Berlin. Wie der Preussische Pressedienst der NSDAP mitteilt, hat der Führer der Nationalsozialisten im preussischen Landtag, Abg. Ruhe, einen Einschreibebrief an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin gerichtet, worin er beantragt, daß die Staatsanwaltschaft gegen den preussischen Innenminister Severing wegen Gefangenbefreiung und Störung einer amtlichen Handlung der Berliner Polizei das Strafverfahren in Gang setze. Der Strafantrag wird vom Abg. Ruhe mit dem Zwischenfall begründet, der sich am 24. November abends vor dem ehemaligen Herrenhaus in Berlin abspielte. Minister Severing hatte im Herrenhaus vor Studenten und anderen Vereinigungen gesprochen, die nach Schluß der Versammlung in der Gegend des Potsdamer Platzes Hochrufe auf den Minister und die Republik ausbrachten. Da diese Stadiengänge im Bereich der Pannekoek lieg, waren Polizeibeamte eingeschritten und wollten mehrere Reichsbannerleute umwegen verbotener Demonstration verhaften. Severing flüchte die Polizeibeamten dahin auf, daß es sich hier nur um das nach Schluß von Versammlungen unvermeidliche „Zusammenballen“ der aus dem Ausgang herausdrängenden Versammlungsteilnehmer handle und nicht um eine Demonstration. Der Minister verfügte die sofortige Wiederfreilassung der vorläufig festgenommenen Gewesenen. In diesem Sachverhalt erblickt der Abg. Ruhe einen Verstoß gegen bestehende Gesetze und insbesondere gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten über die politische Befriedung. Er ersucht in seinem Schreiben die Staatsanwaltschaft, seinem Strafantrage wegen Severing stattzugeben und die Entziehung der Immunität des Ministers Severing beim Reichstag und preussischen Landtag zu beantragen.

Reichstagsabgeordneter Schreiber auf der Abrüstungstagung in Paris.

* Paris. Prälat Professor Dr. Schreiber wies in seiner Rede auf der Abrüstungstagung auf den die Welt heute erfüllenden Pessimismus hin, der in dem durch das Betrüben veranlaßten und gesteigerten Mißtrauen einen seiner Hauptgründe habe. Alles, was für die Sicherung des Friedens und Stärkung des Vertrauens erreicht worden sei, drohe verloren zu gehen, wenn nicht schleunigst den lauernden Göttern des Krieges ein entscheidender Teil ihrer Waffen genommen werde. Wenn der Völkerbund in das allgemeine Mißtrauen und die Belistimmung des Pessimismus einbezogen werde, so hauptsächlich deswegen, weil seine Bemühungen um die Abrüstung bisher ohne praktisches Ergebnis geblieben seien. Obwohl Briand bei Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor fünf Jahren ausgerufen habe: „Weg mit den Kanonen, weg mit den Gewehren!“, sei die Zahl der Kriegs- und Rüstungswaffen jeder Art nur immer gestiegen. Am sinnfälligsten sei dies bei der Aufrüstung. Die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres müsse dem Rüstungsstand eine einschneidende Rüstungsverminderung folgen lassen. Es könne hinsichtlich der Abrüstungsfrage nicht länger Staaten zweierlei Rechts geben. Der Grundgedanke des Völkerbundes, der ein Bund freier und gleichberechtigter Völker sei, sehe dem entgegen. Das Gefühl, daß wir wieder auf festem Boden stehen, die Sicherheit, können wir nur erreichen, wenn wir die Abrüstung, die allgemeine und gleiche Abrüstung aller Völker schnell und durchgreifend verwirklichen.